

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 10.05.2012</p>
--

Beginn: 15.15 Uhr

Ende: 17.35 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Hamann in Vertretung für Herrn
Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Hipp in Vertretung für Herrn Strohm-
mann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schierenbeck in Vertretung für
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II *Verwaltung*

Frau Kamp	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Sewz	
Frau Kleemann	
Herr Lübbling von Gärtner	
Herr Eickhoff	
Frau Köhnlein	
Herr Polzin	
Herr Viering	
Frau Urban	
Herr Müller	
Frau Herr	
Herr Dr. Lampe	
Frau Nanninga	
Herr Donaubauer	BBN
Frau Pieper	ASV

III *Gäste*

Herr Dr. Steinbrück	Behindertenbeauftragter Bremen
Herr Höft	OAL Hemelingen
Herr Roßberg	Beiratssprecher Hemelingen
Herr Fischer	OAL Neustadt/Woltmershausen

IV *Gastdeputierte*

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Herr Senator Dr. Lohse sowie **Herr Pohlmann** für die Deputierten begrüßen **Herrn Tim Behrens** als neuen Geschäftsführer der Architekten- und Ingenieurkammer Bremen.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Herr Senator Dr. Lohse teilt mit, dass der Punkt

TOP 14b)	Sachstandsbericht Überseestadt inklusive Anbiethalle -FB 01-	BdV mündlich
-----------------	---	------------------------

ausgesetzt wird, da **Herr Höing** krankheitsbedingt abwesend ist. Zur Anbiethalle werde aber Stellung genommen.

Zudem werde der Punkt

TOP 14j)	Umgestaltung der Humboldtstraße zur Fahrradstraße -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

zurück gezogen. Hier gebe es noch internen Klärungsbedarf hinsichtlich der Aufteilung der Kosten zwischen ASV und hanseWasser.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/10 vom 12.04.2012 -02-	
-------	--	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Bebauungsplan 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 Bau- gesetzbuch - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn und öst- lich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 19.03.2012) -Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung -Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 18/121
-------	---	-------------------

Herr Arndt bittet um Auskunft, welche Schwierigkeiten es im Rahmen des Vertragswerkes gab. Bei der Zurückstellung in der vergangenen Sitzung habe er darum gebeten, Möglichkeiten der Versickerung im Bereich der Parkplätze mit aufzunehmen.

Herr Viering führt aus, dass das Versickerungsthema von den Firmen aufgegriffen wurde, soweit es um PKW-Stellplätze gehe. Für die LKW-Flächen bestehe diese Möglichkeit aufgrund der notwendigen Tragfähigkeit nicht.

Es mussten mit zwei Firmen Durchführungsverträge abgeschlossen werden, mit denen im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt werden sollen. Die Investoren sollten sich verpflichten, die neuen Möglichkeiten, die allgemeine Logistik dort unterzubringen, nur dann zu nutzen, wenn die Verträge mit Mercedes ausgelaufen sind. Dies konnte erreicht werden. Zusätzlich sollte vereinbart werden, auf den Dächern deutlich über das notwendige Maß hinaus Photovoltaik zu nutzen. Auch dieses Ziel konnte nach längeren Verhandlungen erreicht werden.

Herr Arndt bedankt sich bei **Herrn Viering** für das konsequente Handeln der Verwaltung.

1. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 19.03.2012) abgesehen wird.“*
2. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht des Bebauungsplanes 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 19.03.2012)“*

- einstimmig -

TOP 5	Bebauungsplan 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße (Bearbeitungsstand: 24.04.2012) - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/137
-------	---	-------------------

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße (Bearbeitungsstand: 24.04.2012) einschließlich Begründung zu.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2413 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Woltmershauser Straße, Dangaster Straße, Simon-Bolivar-Straße und Zwischenahner Straße (Bearbeitungsstand: 24.04.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

- einstimmig -

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 68 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Wohnbebauung östlich der Grundschule an der Freiligrathstraße in Bremen-Schwachhausen (Bearbeitungsstand: 24.04.2012) -Absehen von erneuter öffentlicher Auslegung - Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 18/138
-------	--	-------------------

Herr Saxe begrüßt die Aussage der Verwaltung, dass der durch Kinder verursachte Lärm der Grundschule an der Freiligrathstraße, des Waldorfkindergartens und des Kinderspielplatzes als sozialadäquat einzustufen und im Zuge der gegenseitigen Rücksichtnahme hinzunehmen sei.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 68 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Wohnbebauung östlich der Grundschule an der Freiligrathstraße in Bremen-Schwachhausen (Bearbeitungsstand: 27.03.2012) abgesehen wird.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 68 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Wohnbebauung östlich der Grundschule an der Freiligrathstraße in Bremen-Schwachhausen (Bearbeitungsstand: 27.03.2012)“

- einstimmig -

TOP 7	Bebauungsplan 1287 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen <ul style="list-style-type: none">-Trasse Bundesstraße 74 (neu)- Wegeverbindung Fillerkamp-Am Fillerkamp (beidseitig)-Immenweg-Lüssumer Ring (rückwärtig)-Kindertagesheim Lüssumer Heide (Bearbeitungsstand 12.03.2012) (Bericht der Deputation)-BBN-	Vorlage 18/124
--------------	--	-------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1287 für ein Gebiet in Bremen- Blumenthal zwischen Trasse Bundesstraße 74 (neu), Wegeverbindung Fillerkamp, Am Fillerkamp (beidseitig), Immenweg, Lüssumer Ring (rückwärtig)und Kindertagesheim Lüssumer Heide (Bearbeitungsstand: 12.03.2012).

- einstimmig -

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 54 (mit Vorhabenplan 54) zum Vorhaben „Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes an der Borchshöher Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack <ul style="list-style-type: none">- nördlich Koringstraße- östlich der Straße Hünertshagen- südlich Georg-Ruseler-Straße- westlich Borchshöher Straße (Bearbeitungsstand 09.01.2012) (Bericht der Deputation)-BBN-	Vorlage 18/126
--------------	--	-------------------

Die Deputation für Bau und Verkehr beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 54 (mit Vorhabenplan 54) zum Vorhaben „Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes an der Borchshöher Straße“ für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen Vegesack nördlich Koringstraße, östlich der Straße Hünertshagen, südlich Georg-Ruseler-Straße und westlich Borchshöher Straße.

- einstimmig -

TOP 8a	Bebauungsplan 1288 für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen <ul style="list-style-type: none">- Landrat-Christians-Straße (rückwärtig)- Blumenthaler Aue- Weser- Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Planaufstellungsbeschluss - Neufassung / Aufhebung des Bebauungsplanes 1264) -BBN-	Vorlage 18/129
--------	--	-------------------

Herr Arndt spricht das Heizkraftwerk Blumenthal GmbH (HKW), eine Anlage zur Verbrennung von Sekundärrohstoffen, an. Er fragt nach, inwieweit es möglich sei, dies zu verlagern bzw. dort andere Stoffe zu verbrennen oder an der Lagerung Verbesserungen vorzunehmen. Er sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass es gerade bei hohen Temperaturen dort zu extremen Geruchsbelästigungen komme.

Herr Lübbing von Gaertner erklärt, dass die Anlage dort so genehmigt worden sei. Von daher habe das Ressort hier keinen Handlungsspielraum. Die rechtlichen Möglichkeiten seien bereits ausgeschöpft.

Herr Saxe fragt nach dem Ergebnis der Sondersitzung des Beirates Blumenthal zu dem Thema.

Frau Neumeyer erklärt, dass Blumenthal ihrer Fraktion sehr wichtig sei. Sie hoffe, dass sich auf dem BKW-Gelände möglichst viele zukunftsträchtige Firmen ansiedeln. Gleichwohl sei der CDU wie auch dem Beirat Blumenthal ebenso wichtig, die Öffnung zum Wasser beizubehalten. Die Formulierung auf S. 5 „die Option eines wasserseitigen Güterumschlages soll offen gehalten werden“ sei der CDU zu wenig. Sie bittet darum, die Vorlage entsprechend zu ändern. Ansonsten müsse die CDU gegen die Vorlage stimmen.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass sich das Verfahren noch im Anfangsstadium befindet. Insofern sei die genaue Ausgestaltung noch offen.

Herr Donaubaer berichtet über die Sondersitzung des Beirates. Der Beirat habe sich darüber informiert, inwieweit noch angrenzende Bebauungspläne tangiert werden. Der Beirat habe sich dafür ausgesprochen, beim Hochwasserschutz keine „Billigvariante“ durchzusetzen und zudem bemängelt, dass die Thematik Trinkwasserschutzgebiet noch nicht erwähnt wurde. Diese soll im Rahmen des Umweltberichtes Eingang ins Verfahren finden. Der Beirat habe sich eindeutig für eine Bebauung mit Anschluss ans Wasser ausgesprochen.

Herr Pohlmann spricht an, dass die Entwicklung des BWK – Geländes auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen ist. Es sei sehr positiv, dass die Vorlage in diesem frühen Stadium mit der Deputation für Wirtschaft sowie dem Wirtschaftsressort abgestimmt sei. Daher appelliere er dafür, hier keinen Widerspruch aufzubauen. Es sei richtig, sich sowohl die Option einer Wohnbebauung bzw. einer Gewerbeansiedlung offen zu halten. Daher werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Herr Imhoff hält es für zwingend erforderlich, sich bereits jetzt für die Öffnung zum Wasser zu entscheiden, um die Fläche für Investoren attraktiv zu gestalten. Dies habe auch der Beirat vor Ort verlangt. **Herr Imhoff** beantragt S. 5, Abs. 5, Satz 1 wie folgt zu ändern: Die Option eines wasserseitigen Güterumschlages **muss** dabei **unbedingt** offen gehalten werden.

Herr Arndt ist ebenfalls dafür, den Zugang zum Wasser zu erhalten. Zum Thema Trinkwasserschutz müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass kein Industriegebiet in der Nähe der Wohnbebauung ausgewiesen wird. Hier dürfe nur nicht störendes Gewerbe zulässig sein.

Herr Senator Dr. Lohse sagt zu, dies bei neu zu gestaltenden Flächen zu beachten.

Herr Donaubauer berichtet über die Problematik im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz.

Frau Dr. Schierenbeck hält es für sinnvoll die Formulierung „Die Option eines wasserseitigen Güterumschlages soll dabei offen gehalten werden“ beizubehalten, da noch unklar sei, wie das Gelände weiter genutzt werden soll.

Der Änderungsantrag von **Herrn Imhoff** wird mit den Stimmen der SPD und der Grünen abgelehnt.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1288 auf das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und Weserstrandstraße Haus-Nr. 17, 15 und 1 erweitert werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1288). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass das Verfahren zum Bebauungsplan 1264 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Bremer Wollkämmerei, Landrat-Christians-Straße, Blumenthaler Aue, Weser und öffentlichem Fußweg „Müllerloch“ eingestellt werden soll (Aufhebung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1264 vom 05.06.2003).

- Gegen die Stimmen der CDU – Fraktion -

TOP 9	Sichere Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Wachmannstraße/Carl-Schurz-Straße -ASV-	Vorlage 18/43
--------------	--	------------------

Herr Senator Dr. Lohse verlässt die Sitzung. **Herr Pohlmann übernimmt den Vorsitz.**

Herr Pohlmann bittet die Verwaltung um eine kurze Einleitung in die Vorlage.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet über die Historie. Bislang gebe es dort keine Unfälle zu verzeichnen. Gleichwohl sei die subjektiv empfundene Unsicherheit groß. Nach langen Überlegungen und Gesprächen sei das Ressort zu dem Schluss gekommen, im Rahmen eines Verkehrsversuchs eine Ampel für ein Jahr zu installieren. Es soll beobachtet werden, ob die Ampel dazu dienen kann, das subjektive Unsicherheitsempfinden zu minimieren. Dem Ressort sei klar, dass nun auch andere Stadtteile mit ähnlichen Wünschen auf das Ressort zukommen werden.

Beispielsweise werden derzeit Gespräche zum Buntentorsteinweg geführt. Das Amt für Straßen und Verkehr führe hier zurzeit eine Analyse durch, um vernünftige Vorschläge machen zu können, wie man die Situation evtl. verbessern kann. Eine Ampelanlage werde seiner Auffassung nach aber dort nicht in Betracht kommen. Das Ressort werde bewerten, ob weitere Ampeln im Rahmen eines Verkehrsversuchs sinnvoll erscheinen. Gleichzeitig werde das Ressort aber auch die Beiräte und Elternvertretungen ggf. um Geduld bitten, um die Ergebnisse des Verkehrsversuches abzuwarten. Es sei sinnvoll die in Schwachhausen gemachten Erfahrungen mit den Erfahrungen anderer Stadtteile zu verknüpfen.

Herr Hipp begrüßt, dass bei dem Brennpunkt an der Kreuzung Wachmannstraße/Carl-Schurz-Straße nun endlich gehandelt werde, wozu nicht zuletzt der Bürgerschaftsantrag der CDU ge-

führt habe. Gleichwohl sei festzustellen, dass nicht alle Forderungen des Antrages umgesetzt wurden. Daher werde sich seine Fraktion enthalten.

Herr Pohlmann bedankt sich für die Ausführungen des Staatsrates. Unter dem Gesichtspunkt der Stadtteilgerechtigkeit werden berechtigterweise aber auch andere Stadtteile mit vermeidlichen oder realen Verkehrsgefährdungsbereichen auf das Ressort zukommen. Dann seien auch diese Fälle zu realisieren. Er nehme zur Kenntnis, dass dies ein Versuch sei, der vernünftig ausgewertet werden müsse.

Der Unfall von Februar 2012 im Buntentorsteinweg sei sehr bedauerlich. Dort gebe es über Jahre das Ansinnen der Elternschaft, die Sicherheit für die Kinder zu verbessern. Die SPD teile einerseits die Inhalte dieser Vorlage. Gleichzeitig fordere die SPD aber intensiv ein, dass ähnlich gelagerte Anträge aus anderen Stadtteilen ebenfalls in der Deputation behandelt werden. Für den Buntentorsteinweg bestehe nun Handlungsbedarf. Es müssen unmittelbar und zeitnah Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden.

Herr Saxe stimmt dem zu. Es gebe an vielen Stellen ähnliche Probleme. Er habe die Ausführungen so verstanden, dass das Ressort dies erkannt habe und zeitnah handeln werde.

Herr Arndt bittet das Ressort den Gefahrenpunkt Christernstraße / Fußgängerüberweg Glockenstraße (das Stück Christernstraße bis zur Ampel) zu entschärfen. Die Straße sei dort lang und abschüssig, so dass die Autofahrer die Ampel zum Teil überhaupt nicht richtig wahrnehmen. Dieses Teilstück sollte auf 30 km/h beschränkt werden. Auch dort hätten Eltern Sorgen um ihre Kinder. Es habe dort mehrere Beinahe-Unfälle gegeben.

Herr Staatsrat Golasowski erläutert, dass die Herstellung der Verkehrssicherheit keine Frage von Stadtteilgerechtigkeit sei. Man könne nicht gleichmäßig über die Stadt nun Ampeln verteilen. Vielmehr gehe es um die Analyse, wo es Gefahren gibt und wo diese zu beseitigen sind. Das Thema Christernstraße sei bekannt. Das Ressort werde sich diesem Anliegen widmen.

Frau Kennard vertritt die Auffassung, dass dann, wenn Eltern besorgt sind und eine Gefahrenlage vorhanden sei, auch gehandelt werden müsse. Dies habe die Deputierten unabhängig von der Lage des Stadtteils zu interessieren.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

- Bei Enthaltung der CDU – Fraktion -

TOP 10	Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof Umsteigestelle Huckelriede mit Stadtplatz -ASV-	Vorlage 18/130
---------------	---	-------------------

Herr Pohlmann erinnert an die breite Beteiligung der Öffentlichkeit zur Gestaltung von Huckelriede. Die Vorlage sei mit BewohnerInnen von Huckelriede sowie dem Beirat abgestimmt worden.

Auf Nachfrage von **Herrn Hamann** erklärt **Herr Pohlmann**, dass er davon ausgehe, dass alle Anforderungen an die Barrierefreiheit hier eingehalten werden. Er bittet **Herrn Hamann** die Detailfrage mit dem Amt für Straßen und Verkehr direkt bilateral zu klären.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

- einstimmig -

TOP 11	Entscheidung über die Grundstruktur der zukünftigen Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen -23-	Vorlage 18/109
--------	--	-------------------

(TOP 11 wurde zu Beginn der Sitzung behandelt, Anmerkung der Protokollantin)

Herr Arndt bittet darum, sich Gedanken darüber zu machen, wie so ein Grundgebührenmodell für prekäre Haushalte aussehen soll. Hier sei die Überarbeitung der Grundstruktur noch nicht ausgereift. Bis zum Auslaufen des Vertrages sollte man sich auch über eine Rekommunalisierung Gedanken machen.

Herr Hipp vertritt die Auffassung, dass das Ressort eine „Salamitaktik“ verfolge. Aus der Vorlage gehe nicht eindeutig hervor, was seitens des Ressorts eigentlich gewollt sei. Alternativen wurden nicht richtig vorgestellt. Positiv sei jedoch, dass größere Haushalte offenbar entlastet werden sollen. Im Vergleich zum Umland sei festzustellen, dass das Wohnen im Umland günstiger sei. Die Koalition in Bremen aber plane, die Grunderwerbsteuer sowie die Müllgebühren anzuheben. Wenn Menschen dazu bewegt werden sollen, in Bremen zu bleiben oder nach Bremen zu ziehen, so müssen auch die Rahmenbedingungen attraktiver sein. Aus den vorgeannten Gründen werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die zwei Ziele, die mit der Vorlage verbunden sind:

- 1) Das aufgrund von Kostensteigerungen nicht mehr auskömmliche Gebührenaufkommen soll angepasst und somit wieder auskömmlich gestaltet werden. Im Schnitt werde dazu 15 % mehr Gebührenaufkommen erzielt werden müssen.
- 2) Das Gebührenmodell müsse rechtskonform gestaltet werden, um gegen Anfechtungen sicher zu sein.

Es werde intensiv daran gearbeitet, die Umlegung auf die bremischen Haushalte möglichst gerecht zu gestalten. Zurzeit werde die Grundsatzentscheidung der Deputation benötigt.

Herr Gottschalk sieht die Notwendigkeit der Gebührenanpassung. Oberstes Kriterium müsse hierbei die Gebührengerechtigkeit sein. Von einer „Salamitaktik“ könne keine Rede sein. Vielmehr handele es sich um einen Ausgangspunkt, um verschiedene Punkte vertieft zu prüfen. Im weiteren Verfahren könne dann das konkrete Modell herausgearbeitet werden.

Frau Dr. Schierenbeck bedankt sich für die Vorlage sowie die gesonderte Informationsveranstaltung. Aus ihrer Sicht handelt es sich um eine Struktur, die geeignet ist, die Kosten zu senken. Es müsse anerkannt werden, dass es einen erheblichen Teil von Kosten gibt, die nicht über die Gebühren abgedeckt werden. Nach der Informationsveranstaltung habe sich ihre Fraktion mit dem Modell der Grundgebühren angefreundet. Vergleichbare Alternativen sehe sie nicht.

Herr Pohlmann berichtet, dass die Seniorenvertretung eine Stellungnahme abgegeben habe, in der sie bittet, die Senioren bei der Gebührenstruktur zu berücksichtigen. Nach der sehr guten Informationsveranstaltung sehe auch die SPD keine Alternative zur Gebührenanpassung, da ansonsten die Unterdeckung nicht ausgeglichen werden könne. Rücklagen seien keine

mehr vorhanden. Auch die SPD werde vom Grundsatz her die Einführung einer Grundgebühr unterstützen, auch wenn noch viele Fragen offen seien.

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass annähernd 50 % der Haushalte in Bremen 1-Personen-Haushalte sind. Bei 1-Personen-Haushalten bilde sich das gesamte soziale Spektrum ab. Die Hälfte der Gewoba-Mieter benutzt Großbehälter, die andere Hälfte kleinere Tonnen. Das existierende System halte er nicht für gerecht. Vielmehr werde hier ein Teil der Gebührenzahler durch andere Gebührenzahler subventioniert.

Herr Hipp ist der Auffassung, dass mit dem heutigen Beschluss bereits eine Vorfestlegung getroffen werde, ohne dass den Deputierten alle Alternativen verdeutlicht wurden. Die Vorlage komme daher zu früh, da zu einer richtigen Beurteilung des ganzen Sachverhalts Informationen fehlen, welche Modelle insgesamt noch vorstellbar wären und welche Auswirkungen dies auf die BürgerInnen und Bürger hätte.

Herr Senator Dr. Lohse vertritt die Auffassung, dass in der Deputation mehrfach das Spektrum der Alternativen ausgelotet wurde. Es wurde aufgrund der Rechtssprechung deutlich festgestellt, dass die Vorhaltekosten des gesamten Systems der Abfallentsorgung von allen Nutznießern zu finanzieren sind, auch dann, wenn Vermeidungsanreize gesetzt werden. Daher überzeuge ihn die Argumentation von **Herrn Hipp** nicht.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Überarbeitung der Gebührenordnung in ihren Grundstrukturen, insbesondere der Einführung einer Grundgebühr zu.

Die Deputation bittet den SUBV, bei der Ermittlung der Grundgebühr für private Herkunftsbereiche den Haushaltsmaßstab anzuwenden.

Die Deputation bittet den SUBV, bei der Ermittlung der Grundgebühr aus Gewerbe einen Quadratmetermaßstab Bürofläche anzuwenden.

Die Deputation bittet den SUBV, die aus Gründen des Datenschutzes erforderlichen rechtlichen Grundlagen zur Verarbeitung und Speicherung der notwendigen Daten vorzubereiten und das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

Die Deputation bittet den SUBV, die Vorbereitungen für die Umsetzung der neuen Gebührenordnung zum 1.1.2014 vorzubereiten.

- Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion -

TOP 12	Einführung eines Leitfadens für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen (VOF-Leitfaden) -7-1-	Vorlage L/S 18/135
---------------	--	-----------------------

Siehe Land.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den vorgelegten Leitfaden zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Leitfaden dem Senat mit dem Ziel der verbindlichen Einführung für die Einheiten der Kernverwaltung und die in der Senatsvorlage aufgeführten Gesellschaften vorzulegen.

- einstimmig -

TOP 13	Neues KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ Pilotprojekt im Quartier Ohlenhof -73-	Vorlage L/S 18/139
--------	---	-----------------------

Siehe Land.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.*

- einstimmig -

TOP 14	Berichte der Verwaltung	
TOP 14a)	Baustellenkoordination 2012 -5-	BdV mündlich

Herr Müller stellt anhand einer Powerpointpräsentation die Baustellenkoordination 2012 vor. Das entsprechende Papier wird zusätzlich auf die Tische verteilt.

Herr Pohlmann bedankt sich im Namen der Deputierten für den umfassenden, informativen Bericht.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet, dass **Herr Müller** Ende August 2012 in den Ruhestand gehen werde. Er bedankt sich im Namen des Ressorts und der Deputation für die stets gute Information zum Baustellengeschehen in Bremen in den vergangenen Jahren.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14b)	Sachstandsbericht Überseestadt inklusive Anbiethalle -FB 01-	BdV mündlich
----------	--	-----------------

Herr Pohlmann berichtet, dass der Sachstandsbericht Überseestadt aufgrund der Erkrankung von **Herrn Höing** nicht erfolgt.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet zur Zukunft der jetzt existierenden Gaststätte mit dem Namen „Anbiethalle“. Dort soll Wohnbebauung stattfinden. Man könne unter zwei Fragestellungen unterscheiden: Einerseits müsse geklärt werden, wie der Gedanke der Anbiethalle künftig in einer Überseestadt realisiert wird. Hierzu gebe es verschiedene Realisierungsideen, beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Nutzung von Schuppen 3. Er habe mit Herrn Höing und einem Vertreter der WFB hierzu gesprochen. Die Möglichkeit, weiter günstige Speisen anzubieten, soll bestehen bleiben. Die zweite Fragestellung sei die, was konkret mit dem jetzigen Lokal geschehen soll. Der Pächter habe den Namen „Anbiethalle“ von einem Lokal seines Bruders übernommen. Es gebe den Wunsch von Gästen des Lokals, dieses weiter zu führen, was mit der Idee der Wohnbebauung kollidiere. Derzeit werden Gespräche zwischen der WFB und dem Pächter hinsichtlich einer Verlegung der Anbiethalle oder hinsichtlich anderer Zwischenlösungen geführt.

Herr Pohlmann berichtet, dass sich der Beirat Walle vor kurzem ebenfalls mit dieser Thematik beschäftigt habe. Er erinnert an die langen Diskussionen, wo es Möglichkeiten der Wohnbebauung in der Überseestadt gibt. Er dankt dem Ressort sowie der WFB, denen es gemeinsam gelungen sei, mit den ortsansässigen Betrieben zu einer außergerichtlichen Einigung zu kommen, wo genau im Rahmen der Flächennutzungsplanung festgelegt wurde, wo und unter welchen Bedingungen Wohnbebauung möglich ist. Die eigentliche Anbiethalle habe sich im Hafenhochhaus der BLG befunden. Es sei insgesamt gut, dass eine einvernehmliche Lösung angestrebt werde. Inhaltlich bleibe aber festzuhalten, dass die SPD dort eine Wohnbebauung für sinnvoll erachtet. Dies sei auch die mehrheitliche Meinung des Beirates Walle.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14c)	Neues Hulsberg-Viertel / Umnutzung Konversionsfläche am Klinikum Mitte - Stand der Planung - -FB 01-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14d)	Antrag auf Genehmigung eines Abfalllagers in der Funkschneise 13 -FB 01-	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

Herr Viering berichtet über den aktuellen Sachstand. Es habe zwischenzeitlich eine Beiratssitzung gegeben, in der auch die beiden Fachbereiche des Ressorts vertreten waren. Zurzeit laufe ein Antragsverfahren auf eine abfallrechtliche Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG). Das Ergebnis stehe noch nicht fest. Die Behörde müsse dann die Genehmigung erteilen, wenn alle Voraussetzungen erfüllt seien. Dazu gehören auch planungsrechtliche und bauaufsichtliche Belange. Nach dem geltenden Bebauungsplan seien dort alle gewerblichen Anlagen zulässig, es sei denn, sie stellen aufgrund von Lärm- oder Geruchsbelästigung oder ähnlichen Gründen eine Gefahr für die Nachbarschaft dar. Eine entsprechende Analyse laufe derzeit. Der Antragsteller müsse dem Ressort zudem noch eine Gefährdungsabschätzung vorlegen. Der Antragsteller habe den Antrag inzwischen bereits in einigen wesentlichen Punkten modifiziert und bestimmte Abfallstoffe herausgenommen. Er habe konkretisiert, wie er mit den Abfällen umzugehen gedenke. Für die Beurteilung, ob eine Gefahr vorliegt, spiele auch eine Rolle, dass es keine Abfallbehandlungsanlage sei, sondern ein Zwischenlager. Gleichwohl soll sehr genau geprüft werden, wie die Lagerung erfolgen soll. Andererseits sei auch die Nähe zur nächsten Wohnbebauung zu berücksichtigen. Heute würde man bei einer Neuplanung zwischen Wohnen und Gewerbe größere Abstände vornehmen. Die hier gewachsene Nähe sei aber in vielen Stadtteilen Bremens und nach dem Krieg überall in Deutschland verbreitet.

Herr Arndt bittet darum, die Auflagen zum Wohle der AnwohnerInnen so umfangreich wie möglich zu gestalten. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Pufferzone zwischen Gewerbe und Wohnen um einen Grünzug handelt, in dem sich ständig Menschen aufhalten. Es müsse auch bedacht werden, dass der Unfall in Oslebshausen auch beim Umladen und nicht beim Behandeln der Abfälle geschehen sei. Daher müsse alles getan werden, um die Abfallbehandlung dort zu verhindern, ggf. mittels einer Veränderungssperre.

Frau Dr. Schierenbeck erklärt, dass sich alle Fraktionen über die Befürchtungen vor Ort im Klaren seien. Ihre Fraktion spreche sich dagegen aus, die Müllbehandlung so nah an der Wohnbebauung stattfinden zu lassen. Man müsse sich dem Thema auch übergreifender nähern. Es gebe auch Altlasten auf den Gewerbeflächen des BKW-Geländes und Probleme in anderen Stadtteilen. Es sei das Anliegen ihrer Fraktion, dass man auch im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes prüft, die Recyclingwirtschaft zu konzentrieren, so dass diese in bestimmten Bereichen zugelassen wird und in anderen nicht. Gleichzeitig müsse geschaut werden, wo es Altlasten gibt und wo etwas verändert werden kann. Es müsse ebenso darauf geachtet werden, dass jetzt keine Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllbar sind.

Frau Kennard geht davon aus, dass die Verwaltung diesen Fall sehr genau prüfen wird. Es sei aber nicht zuletzt auch eine politische Frage, ob so nah an der Wohnbebauung so ein Handel gewollt ist. Das Votum der Anwohner habe sie ganz klar so wahrgenommen, dass sie dies an der Stelle für verantwortungslos halten. Dem könne sie sich nur anschließen. Man könne sich nie sicher sein, was tatsächlich in den Abfallbehältern sei. Sie Sorge sich wegen der Nähe zu Kindergärten und Schulen.

Herr Roßberg erklärt, dass der Stadtteil weder subjektiv noch real einer Bedrohung durch das geplante Abfalllager ausgesetzt werden dürfe. **Herr Viering** habe ausgeführt, dass so etwas bei einer Neuplanung nicht mehr zugelassen werden würde. Insofern müsse es eine ähnliche Regelung für alte Bebauungspläne ebenfalls geben. Es sei nicht vorstellbar, wenn es einen Unfall gibt. Es liege auch eine Petition vor, mit der das Abfalllager verhindert werden soll.

Herr Höft hält das bisherige Verfahren für sehr bedauerlich. Man hätte vorgewarnt sein müssen. Es habe in der Vergangenheit an gleicher Stelle und in der Nachbarschaft bereits Probleme mit diesem Umweltunternehmen gegeben. Offenbar gebe es in der planenden Verwaltung kein Frühwarnsystem dafür, dass auf sie ein Problem zukommt. Seines Erachtens hätte man hier frühzeitiger planungsrechtlich eingreifen müssen. Der Beirat habe gefordert, dass eine Veränderungssperre verhängt und anschließend ein Verfahren für die Neuaufstellung des Bebauungsplanes durchgeführt wird. Er bitte um eindringliche Prüfung, ob es noch möglich ist, mit diesen Instrumenten zu arbeiten. In der Zukunft sollte sich die Verwaltung bei allen Bebauungsplänen mit der lokalen Situation auseinandersetzen und ggf. eine Modifizierung der Bebauungspläne herbeizuführen.

Herr Pohlmann fasst zusammen, dass es politischer Wille sei, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dieses Abfalllager zu verhindern. Gleichwohl müssten die rechtlichen Rahmenseetzungen eingehalten werden. Die weitere Prüfung bleibe abzuwarten.

Herr Viering führt abschließend aus, dass öfter neue Bebauungspläne über gewachsene Strukturen gelegt werden. Dann müssen die Interessen der Anwohner und der Gewerbetreibenden gegeneinander abgewogen werden. In diesem Bereich sei es nicht ohne weiteres möglich, über das gewachsene Gebiet einen neuen Bebauungsplan zu legen und festzulegen, was nicht zulässig ist, da alle Grundstückseigentümer Anspruch auf eine gerechte Abwägung haben. Es gebe dort nicht nur die Halle mit dem Antrag auf Abfallzwischenlagerung, sondern auch Produktionsanlagen, eine Lackfabrik, sowie weitere industriell geprägte Anlagen. Sofern man nun eine Veränderungssperre verhängen würde, so wäre dies für die ansässigen genehmigten Betriebe ein Eingriff in ausgeübte Nutzung, der Entschädigungspflichten nach sich ziehen würde.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14e)	Anfrage zum Thema „Schrottimmoblie in der Farger Straße 117 in Bremen Blumenthal“ -BBN-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14f)	Genehmigung barrierefreier Eingänge in der Vegesacker Fußgängerzone -BBN-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Donaubauer erläutert ausführlich die Vorgeschichte sowie die Inhalte des Berichtes. Über den Antrag soll in Kürze entschieden werden. Noch sei keine abschließende Einigung mit dem Inhaber des Ladengeschäftes gefunden worden.

Herr Dr. Steinbrück berichtet über den Ortstermin. Aus seiner Sicht wäre auch die von der Verwaltung angestrebte Alternative einer barrierefreien Zugangs über die Seite bedenkenswert. Diese hätte aber den Nachteil, dass es zwei Eingänge gäbe. Allerdings sei hier nur ein Höhenunterschied von 11 cm zu überwinden.

Frau Neumeyer betont, dass es wichtig sei, eine einvernehmliche Lösung für einen barrierefreien Zugang zu finden. Es habe die Öffentlichkeit erschreckt, dass die Optik der Fußgängerzone offenbar wichtiger sei als ein barrierefreier Zugang.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14g)	Bewohnerparken Wilmannsberg -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Saxe bedankt sich für den Bericht, der deutlich zeige, wie sehr sich die Verwaltung mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Im Grundsatz werde dem Wunsch des Beirates entsprochen. Er sei sehr zufrieden mit der gefundenen Lösung.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14h)	Verkehrsunfall im Buntentorsteinweg -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Siehe auch Diskussion zu TOP 9.

Herr Saxe erklärt, dass aus dem Bericht hervorgehe, dass der Unfall nicht mit überhöhter Geschwindigkeit zu tun hatte. Insofern sei der Bericht zum jetzigen Zeitpunkt zufriedenstellend. Er sehe hier die Verwaltung auf einem guten Weg, der zu einer guten Lösung führen werde.

Herr Pohlmann sieht hier Handlungsbedarf. Er gehe davon aus, dass hier zeitnah Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14i)	Prüfung der Radwegebenutzungspflicht in der Stadt Bremen -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14j)	Umgestaltung der Humboldtstraße zur Fahrradstraße -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Pohlmann erklärt, dass er davon ausgehe, dass dieser Punkt in der kommenden Sitzung behandelt wird.

-zurückgezogen-

TOP 14k)	Totholz in Bäumen und Äste auf der Straße -30-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Saxe hält den Bericht für besorgniserregend, da aufgrund der Schwerpunktsetzungen ein immer höherer Anteil des Grünpflegebudgets für die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit von Bäumen aufgewendet wird, wobei an sich wünschenswerte Pflegemaßnahmen in Grünanlagen zurücktreten müssten. Hierüber müsse man ggf. gesondert in einem anderen Zusammenhang sprechen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den vorliegenden Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14l)	Bericht über die Wirksamkeit der Minderungsmaßnahme "optimierte Ampelschaltung" in der Nordstraße -22-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den „Bericht über die Wirksamkeit der Minderungsmaßnahme ‚optimierte Ampelschaltung‘ in der Nordstraße“ zur Kenntnis.

TOP 14m)	Baggergutdeponie Seehausen -23-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15a	Verkehrsschule in der Vahr	

Herr Saxe bittet um einen Sachstandsbericht. Es wäre schade, wenn das Projekt nicht mehr fortgeführt werden könnte. Es würde zurzeit noch 12.000 € fehlen.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet, dass die Verkehrsschule in der Vahr durch Spenden finanziert wurde. Die Spende laufe nun aus. Es habe eine Halbtagskraft gegeben, die nicht mehr finanziert sei. Die Verkehrswacht habe das pädagogische Konzept für die Verkehrsschule geliefert. Nun gebe es Bemühungen, die Finanzierung der halben Stelle sicherzustellen. Die Staatsräte von Bau und Inneres seien hierzu in Gesprächen. Es soll versucht werden, ein Weg zu finden.

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15b	Sachstandsbericht zur Windkraftausbauplanung	

Frau Dr. Schierenbeck und **Herr Imhoff** bitten um einen schriftlichen Sachstandsbericht zur Windkraftausbauplanung.

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15c	Bebauungsplan Am Bodden / Bremen Nord	

Frau Neumeyer bittet um einen Sachstandsbericht zum Bebauungsplan Am Bodden in Bremen-Nord. Hierzu habe es einen Zeitungsbericht gegeben, dass die Planung ins Stocken geraten sei.

TOP 15	Verschiedenes	
TOP 15d	Beschädigungen von Wasserleitungen in Kleingärten durch Sanierungs- und Abbrucharbeiten	

Herr Pohlmann bittet um einen schriftlichen Bericht der Verwaltung zur Beschädigungen von Wasserleitungen in Kleingärten durch Sanierungs- und Abbrucharbeiten.

Herr Pohlmann schließt die 11. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll